

# **Belastungsspirale beenden – kraftvolle Entlastungen für Bürger und Wirtschaft umsetzen**



Die aktuellen Preissteigerungen führen gerade für die Mitte der Gesellschaft zu Mehrbelastungen in allen Bereichen – bei Sprit, Strom und im Supermarkt. Auch rund um den Jahreswechsel **erleben Bürger und Wirtschaft zahlreiche – von der Ampel verursachte – Kostensteigerungen**. Die jüngsten Änderungen bei der LKW-Maut belasten die Speditionen und verteuern damit alle transportierten Waren, einschließlich Lebensmitteln. Mitten im Winter steigen, vier Monate früher als geplant, die Mehrwertsteuern auf Gas und Fernwärme. Auch die Mehrwertsteuer in der Gastronomie und den Kantinen steigt wieder auf 19 Prozent an. Dabei hatte der Bundeskanzler persönlich versprochen, dass es dazu nicht kommt. Hinzu kommt die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Steuer, für die ein sozialer Ausgleich nicht in Sicht ist. Um ihr Milliardenloch im Haushalt zu stopfen will die Ampelregierung zudem höhere Abgaben auf Agrardiesel und ein Ende der Kfz-Steuerbefreiung für Landwirtschaftsmaschinen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

All diese Belastungen treffen auf eine durch Inflation und steigende Zinsen ohnehin stark belastete Bevölkerung und eine unter enormen Druck stehende Wirtschaft. Insolvenzen nehmen in ganz Deutschland zu, auch die Arbeitslosenquote ist zuletzt gestiegen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland leidet seit langem darunter, dass Deutschland im internationalen Vergleich ein Hochsteuerland ist. Die erdrückende Bürokratie lähmt das Land zusätzlich. In der Vergangenheit wurde dies durch billige Energie und hochqualifizierte Arbeitskräfte ausgeglichen. Der massive Anstieg der Energiepreise und der sich ausbreitende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften lassen diese Vorteile verschwinden. **Deutschland fehlt es an wirtschaftlichen Standortvorteilen**. Wie die jüngsten Arbeitsmarktdaten zeigen, ist die Lage in Thüringen unter der Ramelow-Regierung sogar noch schwieriger. Seit Jahren fällt Thüringen bei Wirtschaftswachstum immer weiter hinter den Durchschnitt der neuen Länder zurück. Es braucht wieder eine Wachstumsstrategie für Deutschland und für Thüringen. Das Anti-Wachstumsprogramm der Ampel bringt den **Wohlstand des Landes in Gefahr**. Eine Agenda die von der Rot-Rot-Grünen Landesregierung mitgetragen oder wie beim Heizungsgesetz sogar tatkräftig mit unterstützt wird. Zudem sorgen sich ständig ändernde Rahmenbedingungen für massive Verunsicherungen der Wirtschaft und den Verlust von Vertrauen in den Standort und die Investitionssicherheit. Der Standort Deutschland braucht dringend langfristige Planungssicherheit sowie konkurrenzfähige Kosten und Abgaben.

**Trotz dieser Lage setzt die Ampelregierung weiterhin neue Belastungen für die Menschen durch und die Ramelow-Regierung verschärft durch Nichtstun die Lage.**

**Damit muss Schluss sein. Es darf keine weiteren, politisch motivierten Verteuerungen geben. Stattdessen ist es Zeit für mutige Entlastungen von Bürgern und Wirtschaft.**

## 1. Lebenshaltungskosten senken – Entlastungen für Fleißige schaffen

**Steuern auf Lebensmittel und Energie senken.** Das tägliche Leben darf nicht unbezahlbar werden. Heizung und Lebensmittel sind die zentralen Kostenfaktoren, insbesondere für Menschen mit niedrigen Einkommen. Die Erhöhung der Steuern auf Gas- und Fernwärme bereits ab 1.1. ist ein Fehler, der korrigiert werden muss. Wir fordern die Bundesregierung auf, **weiterhin den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Gas- und Fernwärme anzuwenden.** Zudem sollte die **Stromsteuer auch im Bereich der privaten Haushalte gesenkt** werden. Weiter sollte die **Mehrwertsteuer auf Lebensmittel auf null** und die **Mehrwertsteuer für Speisen in Gastronomie, Kantinen, Schulen, Kindergärten und Hochschulen dauerhaft auf sieben Prozent** gesetzt werden.

**Arbeitskosten wie Treibstoff nicht verteuern.** Wirtschaft und Gesellschaft leben davon, dass sich Menschen jeden Morgen auf den Weg zur Arbeit machen. Wer auf sein Auto angewiesen ist, um zu Arbeit zu kommen, darf nicht weiter belastet werden. Deutschland hat aufgrund der zahlreichen Steuern und Abgaben weltweit mit die höchsten Spritpreise. Mineralölsteuer, Ökosteuer, CO<sup>2</sup>-Steuer – sie alle treiben den Preis nach oben und machen den Weg zur Arbeit unattraktiv. Angesichts der angespannten Lage muss die Erhöhung der **CO<sup>2</sup>-Steuer ein weiteres Jahr ausgesetzt** werden. Gleichzeitig muss mit einer **Erhöhung der Pendlerpauschale** und deren Geltung ab dem ersten Kilometer gegengesteuert werden.

**Keine politischen Kostensteigerungen für Landwirtschaft und Logistik.** Ein weiterer Anstieg der Lebensmittelpreise wird zu spürbaren sozialen Spannungen führen. Nichts Anderes ist zu erwarten, wenn die Kosten sowohl für die Produzenten der Lebensmittel als auch für deren Transport steigen. Mit der Union wird es **keine Abschaffung der Ermäßigung für Agrardiesel und der Kfz-Steuerbefreiung für Landwirtschaftsmaschinen** geben. Gleichzeitig muss es eine **Aussetzung der CO<sup>2</sup>-Mautkomponente** geben, bis ein realistischer Plan zur Umstellung der Fahrzeugflotte erkennbar ist.

**Arbeit und Leistung müssen sich lohnen.** In den kommenden Jahren gehen zehntausende Arbeitnehmer in den Ruhestand. Damit verschärft sich das Arbeits- und Fachkräfteproblem zusätzlich. Wirtschaftlicher Wohlstand kann nur durch Anstrengungen und Arbeit erreicht werden. Deshalb muss Mehrarbeit attraktiver sein. Wir wollen diejenigen belohnen, die freiwillig mehr als 40 Wochenstunden arbeiten, indem **Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei** gestellt werden. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss das **Arbeitsrecht** durch die Umstellung auf eine **Wochenhöchst Arbeitszeit flexibler** werden und sich an den Lebensrealitäten der Arbeitnehmer orientieren. Zusätzlich sollen diejenigen die aus eigenem Antrieb **über**

das Renteneintrittsalter hinaus weiterarbeiten mit Steuervergünstigungen belohnt werden.

**Thüringen zum Meisterland machen.** Der Mittelstand in Handwerk und Industrie ist das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft. Wir stehen hinter den fleißigen Menschen, die in Thüringen einen Handwerksberuf erlernen und sich mit dem Meistertitel fortbilden wollen. Die Kosten der Meisterausbildung stellen für viele angehende Meister eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Mit einer **kostenlosen Meisterausbildung** wollen wir jungen Menschen einen Anreiz geben, ihre beruflichen Fähigkeiten weiter zu entwickeln. Vom Handwerker bis zum Lehrer: Allen in Thüringen ausgebildeten jungen Menschen wollen wir eine **Berufs- und Zukunftsperspektive** für sich und ihre Familien geben.

**Wer arbeiten kann, muss arbeiten gehen.** Die Bürgergelderhöhung zum Jahreswechsel um 12 Prozent ist ungerecht und ein Affront gegen alle Fleißigen in diesem Land. Weitere Erhöhungen beim Bürgergeld und der Verzicht auf Sanktionen fördern Anreize, gerade nicht arbeiten zu gehen. Deshalb soll das Lohnabstandsgebot wiederhergestellt werden. Wir wollen die **Abschaffung des Bürgergeld** in seiner jetzigen Form, damit die Arbeitsmarktpolitik sich wieder am Grundsatz „**Fördern und Fordern**“ ausrichtet. Wer nicht arbeiten kann, muss die volle Unterstützung des Sozialstaates bekommen. Gleichzeitig sollte es selbstverständlich sein, dass erwerbstätige Personen immer ein höheres Einkommen haben als diejenigen, die nicht arbeiten wollen und lieber von Sozialhilfe leben. Wir setzen uns dafür ein, dass erwerbsfähige Bürgergeldempfänger verpflichtet sind, verfügbare Arbeitsangebote anzunehmen. Bei **Arbeitsverweigerung** müssen Leistungen konsequent gekürzt oder gänzlich gestrichen werden.

## **2. Energiekosten senken – Wirtschaftsstandort stärken**

**Kernenergie weiter nutzen – Deutschen Sonderweg beenden.** Der massive Anstieg der Energiekosten in Deutschland hat zu einer enormen Belastung der Endverbraucher und einem existenzgefährdenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit für die deutsche Wirtschaft geführt. Wir brauchen wieder mehr bezahlbare Energie. Im Bereich der Stromerzeugung, war es eine energiepolitisch verantwortungslose Fehlentscheidung der Ampel die funktionierenden, sicheren und bereits abgeschriebenen deutschen Kernkraftwerke abzuschalten. Bei der Weltklimakonferenz 2023 haben 20 Staaten einen Pakt für die verstärkte Nutzung der Kernenergie geschlossen. Deutschland ist auf seinem Ausstiegspfad international isoliert. Auch in Zukunft wird Kernenergie als saubere und bezahlbare Quelle benötigt, um die Wirtschaft sicher und bezahlbar mit Strom zu versorgen. Gutachten zeigen, dass

**acht deutsche Kernkraftwerke wieder in Betrieb** genommen werden können. Dazu ist die **Beschaffung neuer Brennstäbe** erforderlich. Ein Ausstiegsdatum muss sich an der Lebensdauer der neuen Brennstäbe orientieren. Zudem muss die Forschung an Kerntechnologien in Deutschland weiter vorangetrieben werden. Perspektivisch sollte statt eines Endlagers ein Reaktor zur weiteren Nutzung der Elemente entstehen.

**Energiewende technologieoffen angehen.** Mehr Auswahl bei den Energiequellen und die Ausweitung des Energieangebots sind das beste Mittel, um die **Verfügbarkeit von Energie zu sichern und Preissteigerungen entgegenzuwirken.** Dafür muss **der Ausbau von Photovoltaik, Windenergie, Wasserkraft, Geothermie und Bioenergie deshalb konsequent, aber unter Abwägung lokaler Gegebenheiten vorangetrieben** werden.

Außerdem bieten die Nutzung von Biomethan sowie die Holzenergie große Chancen.

Die CDU will das Tempo beim technologieoffenen Ausbau grundlastfähiger, bezahlbarer und erneuerbarer Energieerzeugung deutlich erhöhen – besonders in Thüringen.

**Windkraft im Wald wird es mit uns aber weiterhin nicht geben.** Die links- grüne Ramelow-Koalition versucht ihr Versagen beim Ausbau aller anderen Formen der erneuerbaren Energieerzeugung hinter dieser Ablehnung zu verstecken. Das zeigt das Ausmaß des Scheiterns dieser Regierung bei der Energiewende in Thüringen. Die Rot-Rot-Grüne Bilanz des Ausbaus erneuerbarer Energien spricht Bände, auch im Vergleich zu den Vorgängerregierungen. Die Genehmigungsverfahren müssen in Zusammenarbeit von Bund und Land deutlich vereinfacht und wirksame Investitionsanreize gesetzt werden. Die **Energieerzeugung muss dabei im Einklang mit Transport und Speicherung** ausgebaut werden. Nur so können für die Wirtschaft eine stabile Energieversorgung gesichert und Millionen-schaden durch wetterbedingte Stromausfälle verhindert werden. Die Kosten für den Ausbau der Netzinfrastruktur müssen dabei über eine **Reform der Netzentgelte** gerechter als bislang verteilt werden.

**Wasserstoffregion Mitteldeutschland voranbringen.** Langfristig liegt der Schlüssel bei erneuerbaren Energieträgern. Dabei spielt Wasserstoff eine entscheidende Rolle auf dem Weg zu einem klimaschonenden Wirtschaftsstandort. Wir wollen, dass **Thüringen schnellstmöglich mit dem Chemiedreieck Bitterfeld-Leuna verbunden** sowie mittelfristig vollständig in das nationale und europäische Wasserstoffnetz eingebunden wird.

Der Bund muss zusätzliche Anreize für **Investitionen in den Hochlauf der Wasserstoffproduktion, den Bau von Wasserstoffkraftwerken** und die Vorhaltung von gesicherter Leistung schaffen.

**Nachhaltigkeit durch Innovation.** Wir brauchen gezielte Anreize für Investitionen in Forschung, Entwicklung und Nachhaltigkeit. Dazu gehören weniger Steuern auf



einbehaltene Gewinne und schnellere Abschreibungen auf **Investitionen in Forschung und Energieeffizienz**. Die Wirtschaft sollte leichter Zugang zu lokalen Forschungseinrichtungen und Kooperationen mit Universitäten erhalten. Mehr Investitionen in Nachhaltigkeit bedeutet auch: Thüringen baut um. So soll Bürgern und Unternehmen unter anderem durch zinsvergünstigte Kredite der Thüringer Aufbaubank geholfen werden, ihre Energieversorgung umzustellen und so Kosten zu senken. Viele Unternehmer wollen die Umstellung angehen und sind zu Investitionen bereit, sie brauchen aber die richtigen Rahmenbedingungen, vor allem Planungssicherheit und gezielte finanzielle Unterstützung.

### 3. Bürokratiekosten senken – Leben wieder einfacher machen

**Gesetze und Verordnungen auf den Prüfstand stellen.** Laut einer bundesweiten Statistik verursacht Bürokratie jährlich Kosten in Höhe von 17 Milliarden Euro. Unternehmen berichten, dass allein 7 Prozent ihres Umsatzes für bürokratischen Mehraufwand anfallen. In manchen Familienbetrieb fallen 14 Stunden Arbeitszeit pro Woche allein für Bürokratiepflichten an. So kann es nicht weitergehen. Thüringen braucht dringend einen drastischen **Abbau von Bürokratie** und eine deutliche **Beschleunigung von Verwaltungs-genehmigungsverfahren**. Dazu soll bei jeder Erhöhung bürokratischen Aufwands gleichzeitig an mindestens zwei anderen Stellen vereinfacht werden (One-In; Two-Out). Standards müssen auf Doppelungen überprüft und mit Mut zur Vereinfachung auch abgebaut werden. So wollen wir **vermehrt mit Genehmigungsfiktionen arbeiten**. Das heißt, ist ein Antrag in einer bestimmten Frist nicht bearbeitet, gilt die Genehmigung als erteilt. Mehrfacherhebungen von Daten müssen der Vergangenheit angehören (Once Only). Dort wo es möglich ist, sollen nur noch **Stichprobenkontrollen** stattfinden. Weiter sollen **Kommunen mehr Spielräume für bürger- und unternehmensfreundliche, unbürokratische Regelungen vor Ort** erhalten. Rot-Rot-Grünes Misstrauen gegen die Wirtschaft darf nicht länger das Land lahmlegen.

**Moderner Staat: digital und unbürokratisch.** Mit einer Modernisierungsoffensive sollen unsere **Behörden zu Dienstleistern für Wirtschaft und Bürger** entwickelt werden. Der Staat muss auf allen Ebenen wieder besser funktionieren. Entscheidungen müssen schneller getroffen werden. Hierzu müssen Strukturen und Abläufe grundlegend neu gedacht und in einfacher und möglichst digitaler Weise gestaltet werden. **Der Staat muss sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentrieren.** Hier ist die Landesregierung gefordert, endlich ihr Kompetenzchaos zu beenden. Digitalisierung aus einer Hand ist stattdessen unser Ansatz. Das eine Studie nur Standortqualität der Bundesländer Thüringen den letzten Platz bei der Digitalisierung bescheinigt ist ein Armutszeugnis.

**Freie Fahrt für Gründer.** Wir wollen **Gründungen beschleunigen**, indem Verfahren vereinfacht und digitalisiert werden. Eine Gründung **darf nicht länger dauern als ein Fußballspiel.**

#### **4. Flüchtlingschaos beenden – Migration ordnen, steuern und begrenzen**

**Konsequent Abschiebungen umsetzen.** Thüringen schiebt zu wenig ab. Personen ohne **Bleibeperspektive müssen konsequent und schnellstmöglich in ihre Heimatländer abgeschoben** werden. Rückführungen scheitern überwiegend an der mangelnden Kooperation der Herkunftsstaaten. Der **Erhalt von finanzieller Unterstützung aus Deutschland** sowie die Erteilung von Visa muss ab sofort an die **unbedingte Bereitschaft des Herkunftsstaates geknüpft werden, seine Staatsbürger im Rahmen einer Rückführung wiederaufzunehmen** bzw. Rücknahmeabkommen zu schließen.

**Anreize für irreguläre Migration reduzieren.** Alle **Sozialleistungen für Asylbewerber, geduldete Ausreisepflichtige sowie anerkannte Schutzberechtigte müssen auf den Prüfstand.** Einen Automatismus in den Bezug von Leistungen in Höhe des Bürgergeldes darf es nicht mehr geben. Deshalb wollen wir das den unmittelbaren Bezug von **Bürgergeld auch für neu ankommende ukrainische Flüchtlinge abschaffen.** Es kann nicht sein, dass jemand, der noch nie in Deutschland gearbeitet hat, die gleichen Leistungen bekommt, wie jemand, der gearbeitet und eingezahlt hat. Stattdessen müssen anerkannte **Schutzberechtigte schneller in Arbeit** gebracht und so integriert werden.

**Vorrang von Sachleistungen statt Geldleistungen.** Gerade in Erst- und Gemeinschaftsunterkünften können Unterkunft, Verpflegung, Mobilität und Kommunikation vollständig über Sachleistungen abgebildet werden. Statt Bargeldzahlungen soll durch die **Einführung einer Bezahlkarte** auf Guthabenbasis der Kauf von Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs ermöglicht werden. **Geldtransfers ins Herkunftsland sind dann nicht mehr möglich.**

**Null Toleranz gegenüber ausländischen Straftätern und Gefährdern.** Wer in unserem Land Straftaten begeht, verwirkt unsere Solidarität. Deshalb muss Flüchtlingen konsequent der Schutzstatus entzogen werden, wenn diese in Deutschland Straftaten begehen. Schwere Straftaten des Landfriedensbruchs und der Volksverletzung, wie öffentlich propagierter Antisemitismus, müssen künftig härter bestraft werden können und als Ausweisungsgründe nach § 54 des Aufenthaltsgesetzes gelten. Bei Einbürgerung und doppelter Staatsbürgerschaft muss auch in solchen Fällen der Entzug des deutschen Passes möglich sein.